

Stadt Lörrach

Ergebnisprotokoll

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Technik der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 8. Oktober 2020
in der Alten Sporthalle Brombach
Karl-Wenk-Straße 5, Lörrach-Brombach

TOP 1

Flächenmanagement

Die Vorsitzende begrüßt die Gemeinderäte, die Zuhörer im Publikum und die Presse. Nach einer kurzen Einführung informiert sie detailliert anhand einer Präsentation zum Flächenmanagement der Stadt Lörrach (Anlage 1). Zur aktiven Flächenpolitik gehöre, so betont die Vorsitzende, dass bei Baugebieten versucht werde, einen städtischen Anteil von deutlich über 50% zu erreichen, beim Baugebiet Bühl III liege dieser bei ca.86%; weiter bestehe eine Bauverpflichtung beim Verkauf von städtischem Baugelände. Ein ebenso wichtiges Element eines aktiven Flächenmanagements sei die städtische „Innenentwicklung“ etwa des Areals Lauffenmühle und der Klinikareale in der Innenstadt.

Stadträtin Cyperrek ist es ein Anliegen, dass der Flächenverbrauch gesenkt werde und die Flächenentwicklung in den Fokus rücke. Sie fragt nach, ob noch Eigentümer von privaten unbebauten Grundstücken angeschrieben werden. Weiter erkundigt sie sich nach dem aktuellen Stand zu einem privaten Grundstück in Stetten, das sich nach Ihrer Ansicht für den Geschosswohnungsbau anbiete. Im Zusammenhang mit dem Thema „Flächenrecycling“ bitte sie um Informationen zum Sachstand beim ISEK.

Frau von Rudorff informiert, dass nach der neuen Datenschutzverordnung die Eigentümerdaten geschützt seien und daher nicht mehr angeschrieben werde, auch sei die Resonanz in der Vergangenheit sehr gering gewesen.

Die Vorsitzende erklärt, dass das Grundstück in Stetten bekannt sei und man sich zu gegebener Zeit erkundigen werde. Beim Verfahren zum ISEK werden nach der Beteiligung der Öffentlichkeit im Sommer die Verkehrsplanung und die Tramstudie, sowie die Klausur im November folgen. Zum genauen Termin werde noch informiert; im Frühjahr sind die konkreten Entwürfe zu erwarten, bevor der Prozess voraussichtlich im Sommer abgeschlossen werden könne.

Die Vorsitzende betont abschließend, wie wichtig die aktive Grundstückspolitik für Lörrach sei.

TOP 2

Sachstand Wohnraumoffensive

Die Vorsitzende geht eingangs darauf ein, dass es wichtig sei, kostenstabilen Wohnraum zu schaffen, wie dies insbesondere die städtische Wohnbaugesellschaft und die Baugenossenschaften in Lörrach praktizierten, dies trage zur sozialen Gerechtigkeit bei.

Die Vorsitzende begrüßt Fachbereichsleiter Nöltner, der den Sachstand zur Wohnraumoffensive anhand einer Präsentation darstellt (Anlage 2).

Stadtrat Böhler dankt für die gute Präsentation. Er bitte um weitere Erläuterungen zum wellenförmigen Verlauf in Abhängigkeit vom Planungsrecht, Baurecht und der Fertigstellungszeit des Bauherren. Weiter interessiere ihn beim Thema des kostenstabilen Wohnraums das Verhältnis von gemeinnützigen zu privaten Wohnungsanbietern.

Die Vorsitzende erläutert zur „Wellenbewegung“, dass sich in den nächsten Jahren mit der Fertigstellung des Areals Alte-Weber-Conrad und des „LÖ“ die Anzahl von im Bau befindlichem hin zu fertig gestelltem Wohnraum verschieben werde. Der Anteil an kostenstabilem Wohnraum könne grob zwischen 25 und 30% geschätzt werden, wobei der Anteil der städtischen Wohnbaugesellschaft bereits bei ca. 20% liege.

Stadträtin Cyperrek beglückwünscht die Stadt zur gelungenen Wohnraumoffensive. Sie fragt nach dem Sachstand beim „Vogelbachareal“. Weiter zitiert sie sinngemäß aus einem Zeitungsartikel, wonach neue Wohneinheiten geschaffen würden, aber die Lörracher Bevölkerung nur um eine Person gewachsen sei. Sie frage, mit welchen Instrumenten die Entwicklung des „erhöhten Konsums“ von Wohnraum beeinflusst werden könne.

Vorsitzende sieht Gründe für die immer weitere Versiegelung von Grund und Boden, ohne dass ein signifikanter Bevölkerungszuwachs erreicht werde, an der immer größer werdenden Anzahl an Single-Haushalten und der demografischen Entwicklung, da viele ältere Menschen in zu groß gewordenen Wohnungen wohnen blieben. Außerdem seien in den Jahren 2013/14 deutlich unter 100 Wohneinheiten entstanden, mit dem jährlich neu entstehenden Wohnraum von 250 Wohneinheiten sei man nun auf einem guten Weg, wobei die temporäre Wohnraumschaffung u.a. in den Anschlussunterbringungen nicht einberechnet sei. Das Vogelbachareal werde innerhalb ISEK zunächst überplant, danach sei man zuversichtlich für die weitere Entwicklung des Areals.

Auf die Frage von Stadtrat Lindemer, wo die Engstelle für die Wohnraumoffensive gesehen werde, spricht die Vorsitzende die personellen Ressourcen an, wobei die aktuellen Stellenbesetzungen die Situation deutlich verbessert hätten. Zur Frage, wie viele Bauanträge pro Jahr eingereicht werden und wieviel Zeit durchschnittlich bis zur Genehmigung benötigt werde, erklärt sie, dass hierzu Fachbereichsleiterin Sessler berichten werde.

Stadtrat Koch geht im Zusammenhang mit der Nachverdichtung auf das Problem des

vermehrten Parkens im öffentlichen Raum ein.

Die Vorsitzende erklärt, dass ein Stellplatz pro Wohneinheit vorgeschrieben sei, wobei die Frage, wem der öffentliche Raum gehöre, nicht leicht zu beantworten sei.

Fachbereichsleiter Nöltner schildert, dass beim Mehrgeschossbau große Tiefgaragen teilweise leer stünden, zu diesem Problem gebe es keine pauschalen Lösungen.

Die Vorsitzende drückt abschließend ihre Freude aus, dass bei der Wohnraumoffensive gute Zahlen erreicht werden konnten.

TOP 3

"Bühl III" - Vergabe städtebaulicher Entwurf und Erarbeitung eines Bebauungsplans mit örtlichen Bauvorschriften

Vorlage: 142/2020

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und gibt das Wort sogleich an Fachbereichsleiter Nöltner und Herrn Holler weiter, die anhand einer Präsentation die Ergebnisse des städtebaulichen Realisierungswettbewerbs zum Baugebiet Bühl III vorstellen (Anlage 3).

Hiernach erteilt die Vorsitzende Herrn Knakrügge aus der Einwohnerschaft das Wort.

Herrn Knakrügge teilt mit, dass sich „Bühl III“ nicht mehr auf der Website befinde. Weiter erkundigt er sich, welche Formen der Bürgerbeteiligung es in Phase IV der Bürgerbeteiligung gebe.

Die Vorsitzende und Fachbereichsleiter Nöltner erläutern, dass die Bürgerbeteiligung in Phase IV durchlaufen sei und es im Bebauungsplanverfahren noch eine förmliche Beteiligung gebe.

Danach stimmt der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig der Beschlussvorlage zu.

1. Der Siegerentwurf des städtebaulichen Realisierungswettbewerbs „Bühl III“ wird zur Kenntnis genommen und soll, unter Berücksichtigung der Überarbeitungsempfehlungen des Preisgerichtes, Grundlage der weiteren Ausarbeitung des Städtebaulichen Entwurfs und der Aufstellung eines Bebauungsplans mit Örtlichen Bauvorschriften werden.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt mit den Erstplatzierten des städtebaulichen Realisierungswettbewerbs „Bühl III“, der Münchener Arge mahl-gebhard-konzepte | Landschaftsarchitekten BDLA Stadtplaner Partnerschaftsgesellschaft mbB, mit MAIER.NEUBERGER.ARCHITEKTEN GmbH | Architekten BDA Stadtplaner DASL, hierzu weitere Vergabegespräche zu führen und diese zu beauftragen.

TOP 4

Gemeinsamer Flächennutzungsplan 2022 Oberzentrum Lörrach - Weil am Rhein Teilraum Verwaltungsgemeinschaft Lörrach- Inzlingen, "Änderung III" des Flächennutzungsplans im Bereich des künftigen Zentralklinikums

**- Behandlung der im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2
Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen**

- Feststellungsbeschluss

Vorlage: 141/2020

Die Vorsitzende bezeichnet es als Sternstunde, dass diese immense Aufgabe bewältigt werden konnte und dankt an dieser Stelle ausdrücklich der Politik.

Fachbereichsleiter Nöltner drückt ebenso seine Freude zur termingerechten Erledigung aus und dankt allen Beteiligten hierfür.

Danach informiert Fachbereichsleiter Nöltner zum Flächennutzungsplan 2022 „Änderung III“ im Bereich des künftigen „Zentralklinikums“ sowie zum Bebauungsplan und zu den Örtlichen Bauvorschriften „Zentralklinikum“ anhand von Präsentationen (Anlagen 4, 5).

Die Vorsitzende schlägt die gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 4 und 5 und die anschließende separate Abstimmung vor. Die Räte erklären sich hiermit einverstanden.

Stadtrat Wernthaler spricht im Bezug zur verkehrlichen Erschließung einen Gemeinderatsbeschluss mit dem Inhalt an, dass der Anteil des Radverkehrs auf 30% erhöht werden solle. Er frage daher, wieso es keine Festsetzungen zum Radverkehr im Bebauungsplan gebe. Weiter nimmt er Bezug auf die Stellungnahme eines Bürgers innerhalb des Bebauungsplanverfahrens zum Thema ausreichender Fahrradabstellplätze, er möchte wissen, wieso es hierzu keine Festsetzung gebe. Weiter bittet er um Informationen zum Ausbau des Regio-S-Bahnhaltepunktes am Zentralklinikum.

Stadträtin Höfler gibt gerne den an die Politik ausgesprochenen Dank an die Verwaltung zurück, sie habe großen Respekt vor der tollen Leistung. Nun hoffe sie, dass ebenso die S-Bahnhaltestelle am Zentralklinikum geregelt werde.

Stadträtin Rufer dankt für die termintreue und sehr gute Bearbeitung des Großprojektes. Die SPD-Fraktion werde zustimmen. Sie sieht weiteren Handlungsbedarf für eine gute verkehrliche Erreichbarkeit. Sie möchte wissen, wie die Koordination des Stadtbusverkehrs mit dem geplanten S-Bahnhaltepunkt aussehen könne, wie generell die Planung zum Haltepunkt aussehe, wieso es im Bebauungsplan keine Festsetzung für möglichst überdachte Fahrradabstellplätze, wohl aber für Autos und Motorräder gebe und ob die DRK-Rettungswache oder die integrierte Leitstelle unterschiedliche

Funktionen haben.

Stadtrat Koch begrüßt den Bau des Zentralklinikums, er könne sich vorstellen, dass die gute technische Ausstattung des Klinikums ein „Anziehungspunkt“ für Ärzte darstellen könne. Weiter befürworte er den zweigleisigen Ausbau der Regio-S-Bahn.

Die Vorsitzende bestätigt, dass die verkehrliche Erschließung weiter Thema bleibe und der Fachbereich Straßen/Verkehr/Sicherheit zum Schienen-, Straßen-, und Radverkehr im Bereich des Zentralklinikums berichten werde. Zum S-Bahnhaltepunkt würden Untersuchungen laufen und beim Radverkehr seien verschiedene Varianten (z.B. Radschnellweg, begleitender Radweg entlang der Landstraße) zu prüfen. Außerdem gebe es ein Grundstück, das zukünftig für Park- und Ride genutzt werden solle. Weiter sei für den 9. November ein Termin mit dem Regierungspräsidenten geplant. Beim Begriff der geplanten Rettungswache nicht die integrierte Rettungswache gemeint, die selbstverständlich in der Weiler Straße bestehen bleibe.

Fachbereichsleiter Nöltner legt dar, dass es beim geplanten Parkhaus eine Deckelung für maximal 1200 Autos gebe, wohingegen es keine Maximalbegrenzung für Fahrräder gebe.

Zur der Frage von Stadträtin Rufer wieso der erste „Siegerentwurf“, der sich nach ihrer Auffassung besser eingefügt hätte, zurückgestellt wurde, antwortet die Vorsitzende, dass der jetzige Entwurf der Sieger aus dem gesamten Verfahren sei und für die Entscheidung der Kliniken und des Landkreises Aspekte wie die Anbindung des Zentrums für seelische Gesundheit und Möglichkeiten zur Erweiterung eine Rolle gespielt hätten.

Auf die Fragen von Stadträtin Rufer und wieso der Seniorenbeirat und die Blaulichtorganisationen nicht gehört worden seien, erklärt Fachbereichsleiter Nöltner, dass Herr Oberbürgermeister Lutz Vorsitzender des Seniorenbeirats sei und die Blaulichtorganisationen -beispielsweise der Kreisbrandmeister über das Landratsamt- mit einbezogen worden seien. Weiter habe es im Rahmen der öffentlichen Offenlage die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben. Zum nachgefragten Begriff der „Patientenwohnungen“ im geplanten Gesundheitshaus informiert er, dass hierunter Wohnungen für Eltern von stationär untergebrachten Kindern zu verstehen seien.

Zusammenfassend betont die Vorsitzende die Wichtigkeit einer guten verkehrlichen Anbindung des Zentralklinikums.

Danach stimmt der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig mit 1 Enthaltung der Beschlussvorlage zu.

1. Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander stimmt der Gemeinderat den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung zu den im Zuge der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2

BauGB eingegangenen Stellungnahmen entsprechend Spalte 4 (Beschlussempfehlung) der Anlage 1 zu

3. Die "Änderung III" des Flächennutzungsplans im Bereich des künftigen Zentralklinikums, Gemeinsamer Flächennutzungsplan 2022 Oberzentrum Lörrach - Weil am Rhein Teilraum Verwaltungsgemeinschaft Lörrach - Inzlingen, wird festgestellt. Maßgebend sind der Lageplan und die Begründung mit Datum 24.02.2020.

TOP 5

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Zentralklinikum"

- **Behandlung der im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen**
- **Satzungsbeschluss**
- Vorlage: 143/2020**

Nach erfolgter Beratung beim Tagesordnungspunkt 4 stimmt der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig mit 4 Enthaltungen der Beschlussvorlage zu.

4. Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
5. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander stimmt der Gemeinderat den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung zu den im Zuge der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen entsprechend Spalte 4 (Beschlussempfehlung) der Anlage 1 zu.
6. Der Bebauungsplan „Zentralklinikum“ in der Fassung vom 24.02.2020/31.08.2020 wird nach § 10 BauGB in Verbindung mit § 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) als Satzung beschlossen.
7. Die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten örtlichen Bauvorschriften „Zentralklinikum“ in der Fassung vom 24.02.2020/31.08.2020 werden nach § 74 Abs. 1 und Abs. 7 Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) in Verbindung mit § 4 GemO als Satzung beschlossen.
8. Der als Anlage 3 zu dieser Vorlage beigefügte Satzungstext wird beschlossen.

TOP 6

Neufassung der Satzung der Jagdgenossenschaft Lörrach

Vorlage: 162/2020

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Danach stimmt der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig der Beschlussfassung zu.

1. Der Gemeinderat stimmt der in der Anlage 1 dargestellten Neufassung der Satzung der Jagdgenossenschaft Lörrach zu.
2. Der Gemeinderat beauftragt den Oberbürgermeister, die Ortschaftsräte und Dritte für sechs Jahre mit der Erledigung seiner Aufgaben als Jagdvorstand.

TOP 7

Statusbericht große Bauprojekte

Die Vorsitzende begrüßt FachbereichsleiterIn Buchauer, die sodann anhand einer Präsentation zum Sachstand der großen Bauprojekte berichtet (Anlage 6).

Stadtrat Denzer nimmt Bezug auf eine Mail und äußert den Wunsch, dass auch künftig für jedes Vorhaben die Art der Schätzung oder Berechnung (z.B. Kostenschätzung) und die genauen Zahlen genannt werden, sowie eine Einordnung zum Haushaltsplan vorgenommen werde.

TOP 8

Sanierung Tiefgarage Rathaus - Auftragserhöhung Ed. Züblin AG, Stuttgart - Betonerhaltungsarbeiten

Vorlage: 169/2020

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt hiernach folgender Beschlussvorlage einstimmig zu:

Der Auftrag der Fa. Ed. Züblin AG aus Stuttgart in Höhe von 1.271.010,27 € wird um 306.162,22 € auf 1.577.172,49 € netto erhöht. (die Mittelbereitstellung erfolgt ohne Mehrwertsteuer, da die Stadtwerke vorsteuerabzugsberechtigt sind).

TOP 9

Neubau Erweiterung Albert-Schweitzer-Schule - Arbeitsvergaben Schlosserarbeiten, Küchentechnik Vorlage: 170/2020

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt hiernach folgender Beschlussvorlage einstimmig zu

1. Den Auftrag zur Ausführung der Schlosserarbeiten beim Neubau der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule erhält die Fa. Kienzler Metalltechnik GmbH, Bad Bellingen mit einer Auftragssumme von 217.924,70 € einschl. Mehrwertsteuer.
2. Den Auftrag zur Ausführung der Küchentechnik beim Neubau der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule erhält die Fa. MEGA Stockach GmbH, Stockach mit einer Auftragssumme von 212.943,36 € einschl. Mehrwertsteuer.

TOP 10

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

10.1

Die Vorsitzende informiert über die nichtöffentlich gefasste Personalentscheidung aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik vom 17. September 2020:

Herr Günter Reindl wird zum 1. Oktober 2020 als Leiter Bereich Finanzen / Steuerung Versorgungsleistungen im Eigenbetrieb Stadtwerke eingestellt.

10.2

Die Vorsitzende informiert über den nichtöffentlich gefassten Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik vom 17. September 2020:

Baugebiet „Belist“, Lörrach-Haagen - Verkauf des Baugrundstücks Flst. Nr. 2567:

1. Der Verkauf des Baugrundstücks Flst. Nr. 2567, Lörrach-Haagen, Willi-Eichin-Straße, mit 388 m² an den Höchstbietenden wird genehmigt.
2. Falls die Höchstbietenden von ihrem Kaufangebot zurücktreten sollten, wird der

Verkauf des Baugrundstücks an den Bieter genehmigt, der jeweils das nächsthöhere Gebot abgeben hat.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den entsprechenden Kaufvertrag abzuschließen.

10.3

Betriebsleiter Langela informiert zu ca. 250 Baumfällungen, die seit dem 1. Oktober vorgenommen werden müssen. Die Zahl sei jedoch noch nicht abschließend. Ab dem Frühjahr könnten weitere Fällungen hinzukommen, sofern die Baumpfleger feststellen, dass kranke Bäume nach dem Winter nicht mehr austreiben. Einige prominente Stadtbäume seien betroffen wie die Blutbuche zwischen dem Rathaus- und dem Bahnhofplatz, die nicht mehr standsicher ist. Hier stehe bereits der Fachbereich Umwelt und Naturschutz mit der unteren Naturschutzbehörde des Landratsamtes in Kontakt.

Die Vorsitzende verweist auf eine Medieninformation, die auch auf der Homepage der Stadt Lörrach unter den Stadtnachrichten vom 09.10.2020 zu finden ist. Hier werden weitere Bäume mit den genauen Standorten genannt.

Betriebsleiter Langela erläutert, dass ein Konzept erarbeitet werde. Hierbei habe man sich zum Ziel gesetzt, mehr Bäume zu pflanzen als gefällt werden müssen. So sei geplant, zusätzlich 100 Bäume zu pflanzen. Er möchte darauf hinweisen, dass die Neuanpflanzungen etwa aufgrund von Leitungsführungen im Boden sich nicht immer einfach gestalten würden.

Die Vorsitzende bringt zum Ausdruck, dass sie die Entwicklung, die vor allem der Klimawandel mit sich bringe, mit Sorge verfolge. Hier sei ein konzeptionelles Vorgehen notwendig, ebenso halte sie die Beteiligung der Bevölkerung für wichtig, wie dies z.B. innerhalb des Mitmachplans Klima bereits geschehen ist.

Stadtrat Lindemer fragt, wieviele kranke Bäume die Baumpfleger über die Wintermonate beobachten würden. Er regt den Kontakt zu den umliegenden Städten an, um sich austauschen zu können.

Betriebsleiter Langela teilt mit, dass man mit anderen Städten u.a. mit Basel in Kontakt stehe.

Stadträtin Schumacher macht auf einen Baum aufmerksam, der in der Haagener Straße in der Nähe des Landratsamtes schief gegen ein Haus stehe.

Stadträtin Cyperrek findet die ansteigende Anzahl an kranken Bäumen aufgrund des Klimawandels besorgniserregend und begrüßt daher das angekündigte Konzept.

Stadtrat Koch stellt fest, dass der Wald ein wichtiger ökologischer Faktor sei. In diesem Zusammenhang frage er sich, wieso so viele Bäume im Wald gefällt werden müssten.

Stadträtin Salinas de Huber regt Bewässerungspläne für Bäume in der Innenstadt an.

Stadträtin Schumacher erkundigt sich, ob private Baumfällungen in einer digitalen Karte eintragen werden können.

Die Vorsitzende antwortet, dass es für private Fällungen keine Liste geben werde. Sie möchte vielmehr, dass die Stadt Privatpersonen unterstützt, Fragen beantwortet und Hilfen anbietet. Weiter werde die Stadt nur in Fällen der Gefährdung der Verkehrssicherheit Bäume fällen.

Die Vorsitzende dankt Betriebsleiter Langela und weist nochmals auf die Medieninformation hin.

TOP 11

Allgemeine Anfragen

11.1

Ausgehend von der Problematik, wem der öffentliche Raum gehöre, erkundigt sich Stadträtin Cyperrek zu den aktuellen Kosten der Anwohnerparkplätze und fragt nach, ob es Pläne für eine Neugestaltung gebe.

Die Vorsitzende erläutert, dass eine neue Gesetzeslage die Chance eröffne zu agieren. Frau Gropp vom Fachbereich Straßen/Verkehr/Sicherheit prüfe derzeit, welche Parkzonen es zukünftig zu welchen Konditionen geben könnte. Anschließend werden die Möglichkeiten zur politischen Debatte stehen.